



Landwirtschaft als Teil der WTO-Verhandlungen in Bali

Öffnung der Dienstleistungsmärkte wurden nicht verhandelt. Von der ursprünglichen Doha-Agenda blieben nur noch ein neues Abkommen zum Abbau administrativer Handelsschranken (trade facilitation), Initiativen zum verbesserten Marktzugang für Güter und Dienstleistungen aus den am wenigsten entwickelten Ländern (LDC) und die Anpassung des Agrarabkommens, damit die Unterstützung von Kleinbauern im Rahmen von Ernährungssicherungsprogrammen einfacher wird.

Ernährungssicherheit und Kleinbauernförderung als zentrale Streitpunkte

Die von Indien und Indonesien koordinierte G 33-Gruppe von Entwicklungsländern mit kleinbäuerlich geprägter Landwirtschaft hatte schon lange vorgeschlagen, die Möglichkeiten für Entwicklungsländer zu erweitern, ihre Kleinbauern durch den Ankauf von Getreide für Lagerhaltung und Nahrungsmittelhilfen zu staatlich festgesetzten Preisen zu erleichtern. Neue Dringlichkeit erhielt dieser Vorschlag dadurch, dass die indische Regierung als Reaktion auf zivilgesellschaftliche Gruppen wie die »Right to Food Campaign« kürzlich beschlossen hatte, entsprechende Programme stark auszuweiten. Die bestehenden WTO-Regeln lassen staatliche Ausgaben für Ernährungssicherungs- und Lagerhaltungsprogramme zwar in unbegrenzter Höhe zu, aber nur, wenn der Ankauf der dafür benötigten Lebensmittel zu Marktpreisen erfolgt. Ist dies nicht der Fall werden die Programme als »handelsverzerrend« Unterstützung gewertet, für die eine Obergrenze besteht. Mit dem erweiterten Programm droht Indien diese zu verletzen.

Da vor allem die USA eine Änderung des Agrarabkommens als Teil des Bali-Pakets ablehnte, wurde in Genf eine auf vier Jahre befristete »Friedensklausel« vorgeschlagen. Damit können WTO-Mitglieder keine Klage anstrengen, auch wenn sie die Verletzung der Regeln durch ein Ernährungssicherungsprogramm eines anderen Lands vermuten. In dieser Zeit solle eine dauerhafte Lösung verhandelt werden. Die indische Regierung stimmte dem zunächst zu, verursachte damit aber einen Aufschrei zu Hause. Bauernverbände, darunter der größte Indiens, die Right to Food Campaign, andere

WTO MELDET SICH ZAGHAFT ZURÜCK

»Historischer« Einschnitt in der Handelspolitik knapp verhindert

Welthandelsorganisation WTO entgeht knapp dem Sturz in die Bedeutungslosigkeit. Die Zukunft der Doha-Runde und regionaler Abkommen bleibt somit weiter offen.

DER JUBEL VON Regierungen und der großen Mehrheit der Medien über das Ergebnis der 9. WTO Ministerkonferenz in Bali ist groß. Die Ergebnisse würden den Handel um hunderte Milliarden Dollar wachsen lassen, neue Arbeitsplätze schaffen und den Abschluss der umfassenden Doha-Runde zur Handelsliberalisierung möglich machen. In Wahrheit werden die direkten wirtschaftlichen Auswirkungen der Beschlüsse begrenzt bleiben. Historisch wäre dagegen ein Scheitern der Konferenz gewesen, das die Fähigkeit der WTO neue globale Handelsregeln zu vereinbaren dauer-

haft beschädigt hätte. Mit dem vereinbarten »Bali-Paket« bleibt die WTO auf der handelspolitischen Bühne. Ob sie es aber schaffen wird, sich gegenüber den regionalen und bilateralen Akteuren wieder in den Vordergrund zu spielen, ist keineswegs sicher.

Um eine nach langjähriger Blockade in der WTO symbolisch wichtige Einigung zu erleichtern, waren fast alle Themen der 2001 begonnen Doha-Runde, die von den Mitgliedern weit gehende Politikänderungen verlangt hätten, in Bali ausgeklammert. Insbesondere der Abbau von Zöllen und Subventionen für Agrar- und Industriegüter und die

© A. Schick / pixelio.de

Vertreter der Zivilgesellschaft und die größte Oppositionspartei liefen gegen eine zeitlich befristete Lösung Sturm. Sie befürchten, dass das indische Programm nach Ablauf der Frist wieder in Frage gestellt wird. Daraufhin zog der indische Botschafter seine Zustimmung zurück und verlangte eine dauerhafte Lösung.

In Bali angekommen, versuchten der WTO-Generaldirektor und die Industriestaaten die indische Regierung zu isolieren und sie für ein mögliches Scheitern der Konferenz verantwortlich zu machen. Auf der anderen Seite erhöhte auch die indische Zivilgesellschaft den Druck. Vertreter der Right to Food Campaign und von Bauernverbänden drängten durch Lobby und Proteste in Bali und Indien darauf, dass die indische Regierung sich zu keinem erneuten Schwenk zwingen lässt.

Letztlich konnte Indien eine zeitlich unbefristete Lösung durchsetzen, nachdem die Konferenz um einen Tag verlängert wurde. Die Friedensklausel bleibt als echte Interimslösung so lange in Kraft, bis eine dauerhafte Anpassung des Agrarabkommens beschlossen ist. Sie ist auf traditionelle Grundnahrungsmittel begrenzt und gilt nur für Programme, die jetzt schon in Kraft sind. Damit können kaum andere Länder Programme nach dem indischen Vorbild neu auflegen. Zudem darf das Programm nicht auf neue Nahrungsmittel erweitert werden, da dies wahrscheinlich als neue Maßnahme angesehen würde. Für eine ausgewogene Ernährung wäre aber eine Ausweitung auf nährstoffreichere Nahrungsmittel wie Linsen, Milch oder Obst entscheidend.

Keine Begrenzung der Exportsubventionen

Der Aufwand, den Indien betreiben muss, um jene Programme für Ernährungssicherheit und Kleinbauern abzusichern, die den Handel verzerren könnten, kontrastiert mit dem auch nach Bali nicht eingeschränkten Recht der großen Industriestaaten, entwicklungs- und handelspolitisch besonders schädliche Exportsubventionen einzusetzen. Hierzu wurde eine wortreiche Erklärung über äußerste Zurückhaltung bei der Gewährung von Exportsubventionen verabschiedet, die mit dem Satz endet, dass die Rechte und Verpflichtungen der Mitglieder unver-

ändert bleiben. Damit können sie selbst entscheiden, ob sie sich daran halten oder nicht.

Ähnlich vage bleiben die Erklärungen zu den Anliegen der LDC, in denen die Industriestaaten nicht einklagbare Versprechen machen. Besonders peinlich ist der Text zu Baumwolle, in dem bedauert wird, dass der 2005 (unverbindlich) vereinbarte, schnellstmögliche Abbau der Subventionen der Industrieländer für den Sektor leider nicht umgesetzt wurde. Ein neues Komitee soll die Situation jetzt alle zwei (!) Jahre neu beraten – was darauf hinweist, dass die Subventionen wohl noch eine Weile bestehen bleiben werden.

Administrative Handelserleichterungen abhängig von Kapazität

Beim handelspolitisch relevantesten Thema, dem neuen Abkommen zu administrativen Handelserleichterungen, konnten die Entwicklungsländer das Prinzip verankern, dass sie nur Bestimmungen des Abkommens umsetzen müssen, für die sie ausreichende Kapazitäten haben. Zunächst können die Entwicklungsländer selbst festlegen, wann sie bereit sein werden einzelne Bestimmungen umzusetzen. Wollen sie diese Frist verlängern, müssen sie das bei einem Expertenkomitee beantragen. Wie dieses dann entscheiden wird, wird sich erst in der noch in fernerer Zukunft liegenden Praxis zeigen. Die Versprechen der Industriestaaten, Unterstützung beim Aufbau der Kapazitäten zu leisten, bleiben gerade in finanzieller Hinsicht vage.

Im Ergebnis könnte das Abkommen wie eine Zollsenkung wirken. Wenn die Abwicklung der Importe schneller und billiger wird, werden Importe wettbewerbsfähiger. Ob die Regierung der Entwicklungsländer dem mit höheren Zöllen entgegenwirken werden, um die heimische Wirtschaft zu schützen, ist fraglich.

Doha-Runde vorerst gerettet

Mit dem Bali-Paket hat sich die WTO, wenn auch zaghaft, als Forum für die Gestaltung internationaler Handelsregeln zurückgemeldet. Es wurde wieder deutlich, dass selbst kleinste Fortschritte für Ernährungssicherheit und effektive Unterstützung der Entwicklungsländer nur unter größten Schwierigkeiten durchzusetzen sind. Für die weiteren

Verhandlungen lässt dies wenig Gutes erwarten.

Die ausstehenden Themen der Doha-Runde sollen nun anscheinend nicht mehr wie im Mandat vorgesehen simultan verhandelt und vereinbart werden, sondern in kleineren Paketen angegangen werden. Die Zivilgesellschaft in Industrie- und Entwicklungsländern wird die WTO im Auge behalten müssen. Eine Herausforderung auch für die deutsche NGO-Szene, die gerade so fixiert ist auf das EU-USA-Freihandelsabkommen (TTIP) und hoffentlich nicht dabei übersieht, dass die Gefahren global betrachtet ebenso in Genf liegen. Denn was zwischen EU und USA am Sitz der WTO verhandelt wird, könnte Vorreiter für neue globale Ansprüche werden. Willkommen zurück in der Wirklichkeit der Freihandelsagenda!



Francisco Mari und Tobias Reichert

Francisco Mari ist Referent für Agrarhandel und Fischerei bei Brot für die Welt. Tobias Reichert ist Teamleiter für Welternährung, Landnutzung und Handel bei Germanwatch.

Die »Doha-Runde« der WTO

Die WTO beschloss bei ihrer dritten Ministerkonferenz 2001 in Doha eine umfassende Verhandlungsrunde zur Liberalisierung des internationalen Handels mit Industrie- und Agrargütern, sowie Dienstleistungen. Gleichzeitig sollten auch Subventionen vor allem in der Landwirtschaft drastisch reduziert werden. Alle Themen wurden parallel verhandelt, um einen sektorübergreifenden Interessenausgleich zu gewährleisten. Mehrere Anläufe die Runde abzuschließen scheiterten, zuletzt 2008.

Ausführliche Informationen hier:

http://www.forumue.de/fileadmin/userupload/publikationen/Aus-der-Wueste_eed_2012.2.pdf